

Stimme von und für Elbe-Saale extra

Zeitung der
Marxistisch-
Leninistischen
Partei Deutschlands
für Sachsen,
Sachsen-Anhalt
und Thüringen

Spendenpreis: 0,10 €

Am 13. Februar nach Dresden – den Faschisten keinen Fußbreit!

Aus ganz Deutschland und europaweit kommen Neonazis zu einem Aufmarsch am 13. Februar nach Dresden. Damit dürfen sie nicht durchkommen! Das grosse Bündnis DRESDEN NAZIFREI – WIR STELLEN UNS QUER ruft bundesweit zu Gegenaktionen auf. Die MLPD und ihr Jugendverband REBELL beteiligen sich daran aktiv. Kommt mit nach Dresden!

Der Staat schützt die Faschisten

Das Bündnis Dresden-nazifrei ruft zur Blockade gegen die Neonazis auf. Das rief Staatsanwalt Avenarius auf den Plan: In Berlin und Dresden gab es Razzien gegen Antifaschisten, Computer und 2000 Plakate wurden beschlagnahmt. Davon ließen sich die Antifaschisten aber nicht beeindrucken. Beim Plakatieren gab es Verhaftungen, das betraf auch Dorothee Menzner, Bundestagsabgeordnete der Partei DIE LINKE. Sogar die Homepage dresden-nazifrei wurde vom LKA gesperrt. Über einen internationalen Provider erschien sie neu. Die Internetseiten der Neonazis verbreiten dagegen ihre menschenfeindliche Propaganda ungestört. Das Ganze ist ein riesiger Skandal. Der Funktionärskörper der NPD ist von Agenten des Verfassungsschutzes durchsetzt. Leitet der Verfassungsschutz die NPD, oder umgekehrt – das ist kaum zu unterscheiden. Fast die Hälfte der Gelder der NPD kommt vom Staat. Das ist ein Rechtsbruch. Laut den alliierten Verträgen und dem Potsdamer Abkommen sind alle Nachfolgeorganisationen der NSDAP zu verbieten und Militarismus und Faschismus auszurotten.

Im Grundgesetz § 139 ist eindeutig festgehalten, das die alliierten Verträge weiterhin Gültigkeit haben. Für ein Verbot der NPD müsste man die bestehenden Gesetze nur anwenden, gibt Sachsen-Anhalts Innenmi-

gehen würde, wäre Hartz IV nie beschlossen worden, wären keine Bundeswehrsoldaten in Afghanistan. Während den Banken die Milliarden hinterher geschmissen werden, wird bei den Postdiensten der Mindest-

Auf solche Situationen bereiten sich die staatlichen Organe vor, dafür werden auch die Faschisten seit Jahrzehnten aufgebaut. 1933 verschwanden Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter als Erste in den KZs. Der „Ausweg“ des Kapitals aus der Weltwirtschaftskrise von 1929 war der II. Weltkrieg, ein glänzendes Geschäft für IG Farben, Siemens und Krupp. Mit Sorge beobachten die Herrschenden die wachsende Distanz der Bevölkerung zu diesem Staat und einen internationalen Linkstrend mit Arbeiterkämpfen, einer neuen Umweltbewegung, Jugend- und Studentenprotesten.

Alle Fotos von der Demonstration in Dresden am 14. Februar 2009



nister Holger Hövelmann zu. Warum wird das dann nicht gemacht? Die MLPD fordert das Verbot aller faschistischen Organisationen aufgrund § 139 und damit auch das Verbot ihres Aufmarsches in Dresden.

Die „gekaufte Republik“

Dieter Althaus ist Lobbyist für Magna, Gerhard Schröder für Gazprom, Joschka Fischer für RWE: die „gekaufte Republik“ nennen das die Medien, und das ist nur die halbe Wahrheit. Dieser Staat ist eine Diktatur des Monopolkapitals über die Bevölkerung. Wenn es nach dem Willen der Bevölkerung

lohn gekürzt.

Wir erleben seit Herbst 2009 eine Weltwirtschaftskrise. Mit einem weltweiten Krisenmanagement wurde der Zusammenbruch des Finanzsystems verhindert. Das ging nur um den Preis einer enormen Staatsverschuldung und mit der Ausdehnung der Kurzarbeit. Werkschließungen, Entlassungen, Lohnabbau – das sind die Rezepte des Kapitals für die Krise, da kommt noch viel auf uns zu. Bei Daimler in Sindelfingen und Bremen, bei Kühler-Behr in Stuttgart und Neoplan in Plauen gab es bereits Streiks gegen Arbeitsplatzvernichtung.

200 000 Demonstranten kamen zum Klimagipfel in Kopenhagen, gegen sie wurde der Polizeiknüppel massiv eingesetzt. Das reaktionäre sächsische Versammlungsgesetz gibt die Möglichkeit, Demonstrationen in der Innenstadt und an historischen Orten zu untersagen. DIE LINKE ist gegen das Gesetz, sogar SPD und GRÜNE stimmten dagegen. Unter dem Vorwand, gegen die Nazidemo vorzugehen, werden grundlegende demokratische Rechte abgebaut. Ina Korntreff, Stadträtin der MLPD in Bitterfeld-Wolfen,

weiter auf Seite 2